

# Road Pricing: Stichentscheid fürs FBP-Postulat

**Verkehr** Der Landtag hat das Postulat der FBP zur Priorisierung der Abklärung der Umgestaltung der Motorfahrzeugsteuer in ein Road Pricing-System überwiesen - dank Stichentscheid des Landtagspräsidenten.

VON HANNES MATT

Zwar will die FBP Road Pricing nicht zwingend einführen, die genaue Prüfung der vielversprechenden Möglichkeit zur Reduktion des hohen Verkehrsaufgebots zu Stosszeiten bzw. die Priorisierung des Themas hält die Bürgerpartei aber durchaus für sinnvoll. So sei die jährliche Pauschalbesteuerung der Personenwagen nicht mehr zeitgemäss, wie die FBP-Fraktion findet. Die Motorfahrzeugsteuer werde den aktuellen Herausforderungen des bevorstehenden Verkehrskollaps und auch der Klimapolitik nicht gerecht. Abhilfe könnte stattdessen etwa eine kilometerabhängige Abgabe schaffen. Deshalb hat die Fraktion ein Postulat zur Umgestaltung der Motorfahrzeugsteuer eingereicht. Besonderes Augenmerk soll gemäss dem Postulat auf der finanziellen Gleichbehandlung von in- und ausländischen Verkehrsteilnehmern sowie insbesondere auf den ökologischen Komponenten liegen. Abzuklären seien sowohl die gesetzlichen Anforderungen als auch die technische Umsetzbarkeit mit

den finanziellen Folgen für den Staat und die Bevölkerung.

## Road Pricing priorisieren

Zwar ist im Mobilitätskonzept eine Prüfung von Road Pricing für 2024 bereits vorgesehen, die FBP-Fraktion wünschte sich jedoch eine Priorisierung des Themas. Am Donnerstag wurde der Vorstoss im Landtag behandelt und kontrovers diskutiert. Postulant Sebastian Gassner (FBP) hatte eingangs ausgeführt, dass bei einer breit geführten Debatte im Landtag und der Bevölkerung auch unkonventionelle Massnahmen Chancen auf Erfolg haben könnten. «Lasst uns hier Pionierarbeit leisten bzw. die Führung übernehmen und nicht erst auf die Nachbarstaaten warten», so der FBP-Abgeordnete in seinem Votum. Es seien aber auch andere Inputs zu einer Umgestaltung der MFK-Steuer willkommen, wie Gassner nochmals bekräftigte. «Auch die überzeugten Automobilisten werden von weniger Stau profitieren, ebenso wie der ÖV.» Die FBP-Abgeordneten Daniel Oehry, Johannes Kaiser und Karin Zech-Hoop machten sich ebenfalls für die Überweisung des Postulats stark. Das war auch nötig. So stiess der Vorstoss bei der VU-

Fraktion überhaupt nicht auf Gegenliebe. Kritisiert wurde etwa der Zeitpunkt. «Das hätte man auch bei der Behandlung des alljährlichen Monitoringberichts zum Mobilitätskonzepts als Antrag einbringen kön-

nen», wie Dietmar Lampert (VU) bemängelte. Auch brachten mehrere VU-Vertreter ins Feld, dass Road Pricing überregional abgestimmt werden sollte und keine Insellösung für Liechtenstein sein könne. Auch die Belastungen für die «Gewerbler» durch Road Pricing wurde kritisiert. «Soll der Handwerker seine Dachlatten denn mit der LIEmobil transportieren?», fragte sich etwa Mario Wohlwend (VU). Auch die DpL-Abgeordneten waren gegen Überweisung. «Aus meiner Sicht wäre eher Mobility Pricing prüfenswert», so Herbert Elkuch (DpL). Road Pricing möge vielleicht für eine Stadt berechtigt sein, aber nicht auf dem Land. Auch er betonte: «Es macht keinen Sinn, sich mit einer tagesabhängigen Maut auseinanderzusetzen, solange dies nicht grenzüberschreitend passiert.» Und Thomas Rehak (DpL) verwies darauf, dass man sich wegen der hohen Benzinspreise besser darüber unterhalten sollte, was es für Erleichterungen für das Gewerbe geben könnte.

Zuspruch für das FBP-Postulat gab es teils von der Freien Liste. «Road Pricing ist ein wirksames Instrument», wie Patrick Risch ausführte. Allerdings müsse es auch etwas kosten, dass es wirkt - mindestens 10 Franken müsste eine Fahrt von Benden nach Vaduz kosten, wie Risch ein Beispiel nannte. Auch Manuela Haldner-Schierscher fand, dass Road Pricing ein Puzzle-Teil sein kann. «Das Gebot der Stunde muss aber sein, den motorisierten Individualverkehr unabhängig von Benzin- oder elektrischem Antrieb massiv zu reduzieren», so Manuela Haldner-Schierscher.

Regierungschef Daniel Risch meldete sich stellvertretend für die coronabedingt abwesende Infrastrukturministerin zu Wort. Er verwies darauf, dass in der Schweiz Untersuchungen mit einer kilometerabhängigen Abgabe eingeleitet worden seien. Unklar sei aber noch, wie solche Lösungen ins Abgabesystem eingebaut werden sollen. Deshalb sei eine Prüfung in Abstimmung mit der Schweiz derzeit schwierig. Risch betonte weiter, dass Road Pricing ein Lenkungsinstrument sei. «Eine Wirkung gibt es nur dann, wenn ein Unterschied wahrgenommen wird», so der Regierungschef. Das hiesse zwangsläufig, dass Nutzer mehr zahlen sollten, was im Widerspruch zur Aussage im Postulat stehe, dass eine finanzielle Zusatzbelastung der Bevölkerung verhindert werden sollte. Daniel Risch: «Die eine Antwort kann ich Ihnen jetzt schon geben: Bei Road Pricing wäre die Lenkungswirkung ohne finanzielle Mehrbelastung zu schwach.»

## 12 zu 12

Dann kam es zur Abstimmung und es wurde spannend. Da ein VU-Abgeordneter fehlte und sich Georg Kaufmann (FL) mit Verweis auf Doppelspurigkeiten und die kurze Beantwortungsfrist noch für ein Nein umstimmen liess, gab es ein Unentschieden: 12 Ja zu 12 Nein. Somit oblag der Stichentscheid beim Landtagspräsidenten. Da Albert Frick (FBP) zu den Postulanten zählte, war seine Entscheidung schlussendlich klar und der Vorstoss wurde überwiesen. Die Regierung hat nun vier Arbeitssitzungen Zeit zur Beantwortung des Postulats - also bis September.



Der FBP-Abgeordnete Sebastian Gassner.